



STANDPUNKT

STEFFEN KAMPETER

Die Rückabwicklung der Hartz-Reformen ist nun endgültig gescheitert. Die aktuelle Debatte um das Bürgergeld zeigt: Alle Versuche der Umbenennung und Veränderung von Teilen der Politik als unangenehm empfundene Maßnahmen des Sozialstaates bringen keine gesellschaftliche Akzeptanz.

Fest steht: Der Sozialstaat kann nur nachhaltig sein, wenn ihn die, die ihn finanzieren, für legitim, fair und gerecht halten. Dies steht manchmal auch im Konflikt mit der Sichtweise der Empfänger.

Auch in dieser Frage gilt: Nur mit einer starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaft kann der Sozialstaat seine Zustimmung behalten. Eine Mehrheit der Bevölkerung denkt, dass mit dem Bürgergeld zu wenig Anreize zum Arbeiten gesetzt werden – das ist unfair und ungerecht für die Beitragszahler, die das Bürgergeld finanzieren. Die politisch Verantwortlichen müssen sich fragen, ob der Versuch der Umbenennung gepaart mit einigen sozialpolitischen Gefälligkeiten nicht ein Rückschritt war.

Das bewährte Prinzip von „Fordern und Fördern“ findet sich auch nach Auffassung der Arbeitgeber in der aktuellen Gesetzeslage nur unzureichend wieder. Es ist erfreulich, dass dieses zumindest verbal von einem Teil der Koalition auch so gesehen wird.

Die Gesetzesvorschläge aus dem Hause von Hubertus Heil werden aber kaum ausreichen, das Bürgergeld glaubwürdig zu machen. Zu viele Luftbuchungen und viel zu wenig Konfliktbereitschaft wohnt diesen Vorschlägen inne.

Unser Land braucht eine Grundsaniierung des Bürgergeld-Systems. Diese muss sich an den Prinzipien des „Fordern und Fördern“ ausrichten. Sie muss die aktivierenden Momente stärken – und damit auch die Mitwirkung und die Pflichten der Empfänger stärker gesetzlich verankern und vor allen Dingen

praktisch einfordern. Das System muss so verändert werden, dass mehr Anreiz zum Arbeiten besteht.

Es braucht ein klares Signal an die Bevölkerung, dass nur der Leistungen erhält, wer sie auch tatsächlich benötigt. Es muss jedem deutlich werden, dass er, sofern er arbeitsfähig ist, auch eine Beschäftigung aufnehmen muss. Wir müssen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jobcenter den Rücken stärken, diese Grundprinzipien auch mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung rechtssicher durchzusetzen.

Der Bundeskanzler hat Recht, wenn er sagt, dass wir jeden und jede brauchen in unserer Gesellschaft. Damit dies keine Plattitüde wird, muss entsprechend politisch gehandelt werden.

Wenn sich hingegen der Reformwille der politisch Verantwortlichen lediglich in kosmetischen Änderungen und rhetorischen Ankündigungen erschöpft, wird die Erosion der Akzeptanz vorangehen. Dies ist nicht im Interesse der Arbeitgeber, die einen leistungsfähigen Sozialstaat tragen.

Es grüßt Sie herzlich,

*Ihr Steffen Kampeter
Hauptgeschäftsführer*